

ZBB 2013, 361

BGB § 313 Abs. 2, §§ 275, 280, 311a, 793

Zu den Prüfpflichten einer Bank bei der Emission von Indexzertifikaten – Wegfall der Geschäftsgrundlage wegen Auswahl eines kriminellen Investmentmanagers

OLG Frankfurt/M., Urt. v. 22.02.2013 – 10 U 47/11 (nicht rechtskräftig; LG Frankfurt/M.), ZIP 2013, 1560

Leitsätze der Redaktion:

1. Ein geschädigter Anleger kann Anpassung seines Vertrags über den Erwerb von Indexzertifikaten wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage von der emittierenden Bank verlangen, wenn diese trotz ordnungsgemäßer Überprüfung einen – wie sich später herausstellte – kriminellen Investmentmanager ausgewählt hat.
2. Allgemeingültige Regeln dazu, in welchem Umfang eine Emissionsbank einen Referenzwert für ein von ihr begebenes Zertifikat zu überprüfen hat, bestehen nicht. Die Verhaltenspflichten der Bank richten sich vielmehr danach, in welchem Umfang ein verständiger Kunde von der Emissionsbank Überprüfungen erwarten darf. Sie spiegeln damit das berechtigte Vertrauen der Kunden in die Angaben der Bank wider. Anhaltspunkte für den Inhalt und Umfang dieser Nebenpflichten ergeben sich insbesondere aus den Anleihebedingungen.